

Asseburg, Muriel

Research Report

Nach den palästinensischen Parlamentswahlen: Wie mit Hamas umgehen?

SWP-Aktuell, No. 8/2006

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Asseburg, Muriel (2006) : Nach den palästinensischen Parlamentswahlen: Wie mit Hamas umgehen?, SWP-Aktuell, No. 8/2006, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254597>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nach den palästinensischen Parlamentswahlen

Wie mit Hamas umgehen?

Muriel Asseburg

Nach dem unerwarteten Erdrutschsieg bei den palästinensischen Wahlen am 25. Januar 2006 wird die Hamas im Palästinensischen Legislativrat mit einer absoluten Mehrheit der Sitze (74 von 132) vertreten sein. Als Partei unter dem Namen »Wandel und Reform« angetreten, hat die Hamas nach dem Wahlsieg ihre Bereitschaft erklärt, Regierungsverantwortung zu übernehmen und andere politische Kräfte in die Regierung einzubeziehen. Entsprechend hat sie Beratungen über mögliche Koalitionen, die Verteilung von Posten und die Festlegung von Positionen aufgenommen. Für eine Gruppierung, die sich gerade erst entschlossen hat, im politischen System mitzuarbeiten, nachdem sie sich auf die Rolle einer starken Opposition eingestellt hatte, stellt dies eine enorme Herausforderung dar. Die Enttäuschung der Fatah-Basis über die Wahlniederlage hat sich in gewalttätigen Ausschreitungen entladen, die ein großes Eskalationspotential bergen.

Noch ist unklar, wie sich die künftige palästinensische Regierung zusammensetzen wird. Drei Szenarien der Regierungsbildung sind denkbar:

1. die Bildung einer *Regierung der nationalen Einheit* unter Führung der Hamas, mit Beteiligung der Fatah (von deren Führung und Basis derzeit abgelehnt);
2. die Bildung einer *technokratischen Regierung*, die mehrere unabhängige Persönlichkeiten mit nationalem und internationalem Standing einbindet (etwa den bisherigen Finanzminister Salam Fayyad oder den ehemaligen Kulturminister Ziad Abu Amr);

3. die Bildung einer *reinen Hamas-Regierung*.

Das dritte Szenario wäre allerdings sowohl mit dem Risiko einer weitgehenden internationalen Isolierung als auch mit dem eines Mangels an Durchsetzungskraft im Inneren behaftet. Die ersten beiden Optionen werden daher von Hamas bevorzugt.

In der momentan stark angespannten Situation und angesichts des weitgehenden Zusammenbruchs von Recht und Ordnung ist ein viertes Szenario nicht auszuschließen: Aus Kreisen der Wahlverlierer und der ihnen nahestehenden Milizen und Sicherheitskräfte könnten massive gewalttätige

Ausschreitungen geschürt werden, die eine friedliche Machtübergabe verhindern könnten. Bürgerkriegsähnliche Zustände wären die mögliche Folge.

Was ist von einer Hamas-geführten Regierung zu erwarten?

Eine Hamas-geführte Regierung ist höchstwahrscheinlich innenpolitisch wie auch im Hinblick auf den Friedensprozess das kleinere Übel verglichen mit der Alternative einer Fortdauer der Fatah-Regierung und einer starken Opposition der Hamas. In der Opposition hätte die Hamas eine massive Blockademacht gehabt, ohne politische Verantwortung übernehmen und mit Israel und der internationalen Gemeinschaft kooperieren zu müssen.

Zudem sollte nicht verkannt werden, dass der Regierungswechsel durchaus Chancen für grundlegende Reformen des palästinensischen Systems eröffnet. Die Umsetzung des innenpolitischen (freilich nicht des gesellschaftspolitischen) Programms der Hamas entspräche den Forderungen der Europäer: effektiver Kampf gegen Korruption und Eindämmung von Vetternwirtschaft, Selbstbereicherung und Sicherheitschaos – alles Aufgaben, bei denen die Regierungspartei Fatah in den letzten zehn Jahren versagt hat. Vor allem unter einer technokratischen Regierung könnten in diesen Bereichen spürbare Fortschritte erzielt und effektive palästinensische Institutionen gebildet werden.

Ob es mittelfristig eine Rückkehr zum Friedensprozess geben wird – unter Wiederaufnahme der Roadmap oder in einer anderen Form –, ist derzeit offen. In einer Situation, in der beide Konfliktparteien auf der jeweils anderen Seite keinen Partner für einen Friedensprozess sehen und daher zu Verhandlungen nicht bereit sind, ist ein dauerhafter Waffenstillstand immer noch die beste Option. Die Hamas hat in den letzten Monaten bewiesen, dass sie einen Waffenstillstand effektiv durchsetzen kann – wenn und solange sie es denn will. Diese Option ist mit einer Hamas-geführten

Regierung demnach keineswegs ausgeschlossen. Die Herausforderung für sie bestünde darin, über die eigenen Reihen hinaus auch die Fatah-nahen Gruppierungen und den Islamischen Djihaad zu disziplinieren.

Wie mit Hamas umgehen?

Es liegt im palästinensischen, israelischen und europäischen Interesse, dass die Machtübergabe möglichst gewaltlos vonstatten geht und dass die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen nicht weiter eskalieren. Denn dies wäre mit einem weiteren Kontrollverlust und der Gefahr von Angriffen auf Israel verbunden. Es gilt deshalb, überhastete Festlegungen, unrealistische Forderungen und alle Signale zu vermeiden, die die Krise weiter zuspitzen könnten. Das heißt konkret:

1. Das Gesprächsangebot der Hamas-Führung sollte nicht ausgeschlagen, sondern als Chance genutzt werden. Deutschland und die EU sollten Kontakte auf inoffizieller Ebene etablieren bzw. vertiefen, um mögliche Kooperationsbereiche auszuloten, eigene Positionen in den derzeitigen Prozess der Positionsbestimmung der Hamas einzuspeisen und dabei deren pragmatische Kräfte zu stützen.

2. Vermieden werden sollten Aussagen, die bei der Basis und Führung der Fatah oder bei den Sicherheitskräften den Eindruck erwecken könnten, als könnte es in deutschem und EU-Sinne sein, dass eine Regierungsbildung unter Hamas-Führung mit Gewalt verhindert wird. Ein algerisches Szenario eines Putschversuches oder die Eskalation von Ausschreitungen in einen Bürgerkrieg wären in der Folge reale Gefahren. Deutschland und die EU sollten deshalb unmissverständlich erklären, dass sie die Wahlentscheidung als Basis der Regierungsbildung respektieren.

3. Deutschland und die EU sollten dazu beitragen, die Lage zu stabilisieren. Entsprechend sollten sie auch die Budgetunterstützung für die Palästinensische Autorität nicht voreilig einstellen. Wenn

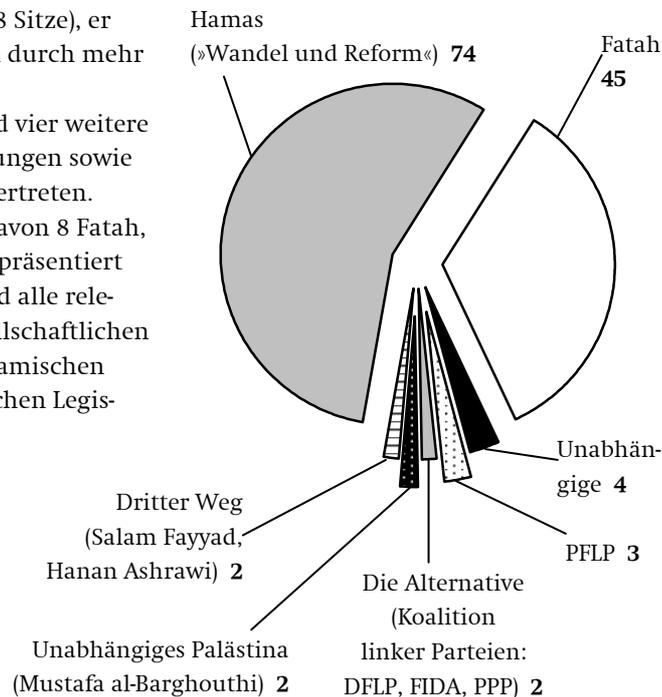
Der Palästinensische Legislativrat

Der gewählte Legislativrat ist nicht nur größer als zuvor (132 statt 88 Sitze), er zeichnet sich vor allem auch durch mehr Pluralismus aus:

Neben Hamas und Fatah sind vier weitere Parteien bzw. Listenverbindungen sowie unabhängige Abgeordnete vertreten.

Frauen sind mit 18 Sitzen (davon 8 Fatah, 6 Hamas) deutlich stärker repräsentiert als zuvor (5 Sitze). Damit sind alle relevanten politischen und gesellschaftlichen Kräfte mit Ausnahme des Islamischen Dzhads in der palästinensischen Legislative vertreten.

Verteilung der insgesamt 132 Sitze



die Palästinensische Autorität nicht mehr imstande sein sollte, die Gehälter ihrer Angestellten zu bezahlen – vor allem die der gut 60 000 Sicherheitskräfte –, verschärft sich die Gefahr interner Gewalt und eines Zusammenbruchs jeglicher Ordnung. Weder Deutschland noch die EU, noch Israel haben Interesse daran, dass Unterstützungsleistungen durch andere – etwa den Iran – erbracht und an deren Auflagen geknüpft werden. Deshalb gilt es zunächst, einen pragmatischen Weg für die Fortsetzung der Zahlungen zu finden.

4. Deutschland und die EU haben ihre Forderungen an die Hamas (Anerkennung der Existenz bzw. des Existenzrechts Israels, Einhaltung von Verträgen und Abkommen, Gewaltverzicht) deutlich geltend gemacht. Statt deklaratorischer Politik sollten nun diplomatische Bemühungen in den Vordergrund rücken, die darauf abzielen, eine Eskalation abzuwenden. Sinnvoll ist daher der politische Kurs, der im Beschluss der EU-Außenminister vom 30. Januar 2006 anklingt: der Hamas eine Übergangsperiode

einzuräumen, in der sie eine Regierung bilden und ihre Positionen bestimmen kann. Im Anschluss daran sollte die weitere Unterstützung vom konkreten Verhalten der Hamas-geführten Regierung abhängig gemacht werden.

Zu den realistischen Forderungen an die zu bildende Regierung, auf deren Erfüllung Deutschland und die EU strikt bestehen sollten, zählen:

- ▶ die Erneuerung und strikte Einhaltung des Waffenstillstandes,
- ▶ die Einhaltung der Abkommen und Vereinbarungen mit Israel und den Nachbarstaaten und die Fortsetzung der Kooperation auf der technischen Ebene,
- ▶ der Verzicht auf antisemitische Rhetorik und Aufrufe zu antiisraelischer Gewalt.

Eine deklaratorische Anerkennung des israelischen Existenzrechts und die Verpflichtung der Hamas auf eine Zweistaatenlösung wird kein Ausgangspunkt von bilateralen Verhandlungen sein können, sondern ein mögliches erstes Ergebnis – und sie

wird, analog zum Oslo-Prozess, auf Gegenseitigkeit beruhen müssen. Deutschland und die EU sollten dazu beitragen, dass ein solcher Prozess der »Normalisierung« des Verhältnisses zwischen Hamas und Israel stattfinden kann statt dass sich die Fronten auf beiden Seiten verhärten.

5. Die Forderung nach Vertragstreue und fortgesetzter Kooperation mit Israel verspricht wenig Erfolg, wenn Israel seinerseits nicht bereit ist, sich auf Kontakte und Kooperation einzulassen und seine Verpflichtungen aus den Oslo- und weiteren Abkommen zu erfüllen. Zu diesen Verpflichtungen gehört unter anderem, Mehrwertsteuer- und Zollaussgleichszahlungen an die Palästinensische Autorität zu leisten, den palästinensischen Handel und die Bewegungsfreiheit zu erleichtern und die Elektrizitäts- und Wasserversorgung der palästinensischen Gebiete sicherzustellen. Die EU und Deutschland sollten daher auch auf Israel einwirken, die technische Kooperation fortzuführen und die Transferzahlungen aufrechtzuerhalten. Dies wird in Israel keineswegs durchgängig abgelehnt. Israels Verteidigungsminister etwa hat das verantwortungsbewusste Verhalten der Hamas seit den Wahlen gelobt und sich für die Fortsetzung der Transfers ausgesprochen. Einzelne israelische Politiker gehen bereits einen Schritt weiter und verlangen Verhandlungen mit Hamas.

6. Die palästinensischen Wahlen waren – soweit dies unter Besatzung möglich ist – weitestgehend frei und fair und sehr gut organisiert. Außerdem waren sie kompetitiv: der Wähler hatte die Auswahl zwischen elf Parteien und Listenverbindungen und zahlreichen unabhängigen Kandidaten mit unterschiedlichen gesellschafts-, innen- und außenpolitischen Zielvorstellungen. Die Wahlen haben insofern Vorbildcharakter für die arabische Welt. Es wäre ein äußerst problematisches Signal sowohl an die autoritären arabischen Regime als auch an die arabischen Bevölkerungen, wenn das Wahlergebnis nur pro forma anerkannt, der Mehrheitsfraktion aber de facto die Legitimität verweigert

würde. Dies gilt umso mehr, als EU und USA die Palästinensische Autorität mit der Roadmap auf Wahlen verpflichtet und gedrängt haben, sie zum jetzigen Zeitpunkt durchzuführen. Eine Isolierung der künftigen palästinensischen Regierung würde den europäischen und amerikanischen Demokratisierungsbemühungen in der Region die letzte Glaubwürdigkeit nehmen und irreparablen Schaden anrichten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364